



**Vorsorgereglement
Kernplan Kanton Aargau
Organisationsreglement
Pensionskassendekret**

Ausgabe 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorsorgereglement

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Rechtsnatur und Zweck	7
Art. 1a	Vorsorgereglement und Vorsorgeplan	7
Art. 2	Begriffe und Abkürzungen	8
Art. 3	Kreis der Versicherten	10
Art. 4	Ausnahmen von der Beitrittspflicht	10
Art. 5	Beginn und Ende der Versicherung	11
Art. 6	Unbezahlter Urlaub	11
Art. 7	Einzelmitgliedschaft	12
Art. 8	Informations- und Mitwirkungspflichten	12
Art. 9	Meldepflichten der Arbeitgeber	13
Art. 10	Informationspflichten der APK	13

2 Finanzierung

Art. 11	Versicherter Lohn	14
Art. 12	Beiträge	14
Art. 13	Einkauf	15
Art. 14	Zusatzsparkonto	16
Art. 15	Verwendung des Zusatzsparkontos	17

3 Vorsorgeleistungen

3.1 Allgemeines

Art. 16	Auszahlung der Vorsorgeleistungen	18
Art. 17	Anpassung der Renten	18
Art. 18	Ungerechtfertigte Vorteile	19
Art. 19	Kürzung der Leistungen	19
Art. 20	Haftpflichtige Dritte	20
Art. 21	Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen	20
Art. 22	Vorleistungspflicht	20

3.2 Altersleistungen

Art. 23	Ordentliches Pensionierungsalter und flexibler Altersrücktritt	21
Art. 24	Vorzeitiger Altersrücktritt	21
Art. 25	Aufgeschobener Altersrücktritt	21
Art. 26	Altersrücktritt in Teilschritten	22
Art. 27	Sparguthaben	22
Art. 28	Höhe der Altersrente	22
Art. 29	Alterskinderrente	22
Art. 30	Alterskapital	23
Art. 31	Überbrückungsrente	24

3.3 Todesfallleistungen

Art. 32	Witwen und Witwer	24
Art. 33	Eingetragene Partnerinnen oder Partner	25
Art. 34	Ehescheidung oder gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partnerschaft	25
Art. 35	Nicht eingetragene Partnerinnen oder Partner	25
Art. 36	Waisen	26
Art. 37	Beginn und Ende des Rentenanspruchs	26
Art. 38	Todesfallkapital	27
Art. 39	Kürzung von Todesfallleistungen	28

3.4 Invalidenleistungen

Art. 40	Leistungsanspruch	28
Art. 41	Höhe der Invalidenrente	28
Art. 42	Beginn, Revision und Ende des Anspruchs auf eine Invalidenrente	29
Art. 42a	Provisorische Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruches bei Herabsetzung oder Aufhebung der Rente der Invalidenversicherung	29
Art. 43	Invalidenkinderrente	30
Art. 44	Beitragsbefreiung	30
Art. 45	Verrechnung mit Leistungen der IV	30
Art. 46	Anmeldung bei der IV durch die versicherte Person	30
Art. 47	Anmeldung bei der IV durch den Arbeitgeber	31

4 Austrittsleistungen

Art. 48	Austritt	32
Art. 49	Wohneigentumsförderung, Ehescheidung und Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft	32
Art. 50	Teilliquidationen	33

5 Schlussbestimmungen

Art. 51	Lücken im Reglement	34
Art. 52	Massnahmen bei Unterdeckung	34
Art. 53	Künftige Änderungen	34
Art. 54	Rechtspflege	34
Art. 55	Inkrafttreten	34

6 Anhang (Reglement über die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns)

Art. 1	Umfang der Weiterführung	35
Art. 2	Beginn und Ende der Weiterführung	35
Art. 3	Beiträge	36
Art. 4	Ungerechtfertigte Vorteile	36
Art. 5	Inkrafttreten	36

Kernplan

Art. 1	Gültigkeit	38
Art. 2	Eintrittsschwelle	38
Art. 3	Versicherter Lohn	38
Art. 4	Altersleistungen	39
Art. 5	Todesfallleistungen	39
Art. 6	Invalidenleistungen	40
Art. 7	Beiträge	40
Art. 8	Künftige Änderungen	41

Anhang zum Kernplan

A	Voraussichtliches Sparguthaben	42
B	Umwandlungssatz	42
C	Überbrückungsrente	43
D	Vorfinanzierung vorzeitige Pensionierung	44
E	Vorfinanzierung Überbrückungsrente	45
F	Übergangsbestimmungen zur Senkung des Umwandlungssatzes per 1. Januar 2014	46

Organisationsreglement

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Zweck	49
Art. 2	Organe	49
Art. 3	Begriffe und Abkürzungen	49

2 Delegiertenversammlung

Art. 4	Zusammensetzung und Amtsdauer	50
Art. 5	Wahl der Delegierten	50
Art. 6	Aufgaben und Rechte	50
Art. 7	Durchführung der Delegiertenversammlung	50

3 Vorstand

Art. 8	Aufgaben und Rechte	51
Art. 9	Zusammensetzung und Amtsdauer	51
Art. 10	Beschlussfähigkeit	52
Art. 11	Vorschlagsrecht und Wahl der Vertretung der Versicherten	52
Art. 11a	Personalausschuss	52

4 Geschäftsleitung

Art. 12	Anstellung, Aufgaben und Kompetenzen	53
---------	--------------------------------------	----

5 Schlussbestimmungen

Art. 13	Weiterführung der laufenden Amtsdauer	53
Art. 14	Inkrafttreten	53

Pensionskassendekret

Dekret über die Aargauische Pensionskasse

Vorsorgereglement

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Rechtsnatur und Zweck

- ¹ Unter dem Namen Aargauische Pensionskasse (APK) besteht eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit im Sinne von Art. 48 Abs. 2 BVG und Sitz in Aarau (§ 1 Pensionskassendekret).
- ² Die APK führt im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften und des Pensionskassendekrets die berufliche Vorsorge durch für:
 - a) die Mitglieder des Obergerichts, die Angestellten und Beamten des Kantons und seiner selbstständigen Anstalten sowie die Angestellten der Gemeinden, deren Lohn direkt durch den Kanton ausgerichtet wird;
 - b) das Personal der Arbeitgeber, die mit der APK eine schriftliche Anschlussvereinbarung abgeschlossen haben.
- ³ Die Mindestleistungen gemäss BVG sind in jedem Fall garantiert.

Art. 1a Vorsorgereglement und Vorsorgeplan

Das Vorsorgereglement enthält die allgemeinen Bestimmungen. Im Vorsorgeplan sind die arbeitgeberspezifischen Regelungen aufgeführt. Abweichende Bestimmungen in den Vorsorgeplänen gehen dem Vorsorgereglement vor.

Art. 2 Begriffe und Abkürzungen

In diesem Reglement werden folgende Begriffe und Abkürzungen verwendet:

AHV	Eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung	Koordinationsabzug	der zur Koordination mit den Leistungen der AHV/IV nicht versicherte Teil des anrechenbaren Lohns
Anrechenbarer Lohn	der für die Berechnung des versicherten Lohns massgebende Teil des AHV-Jahreseinkommens	Nicht eingetragene Partnerschaft	bis zum Zeitpunkt des Todes der versicherten Person bestehende eheähnliche Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt, die nicht als eingetragene Partnerschaft zu qualifizieren ist
Arbeitgeber	Kanton Aargau, seine selbstständigen Anstalten und die angeschlossenen Arbeitgeber	OR	Obligationenrecht (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 220)
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 830.1)	Pensionskassendekret	Dekret über die Aargauische Pensionskasse (Systematische Sammlung des Aargauischen Rechts: SAR 163.120)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 831.40)	Rentnerin, Rentner	Person, die Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenrente der APK hat
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 831.441.1)	Versicherte, versicherte Personen	Arbeitnehmende, die beitragspflichtig sind oder den Altersrücktritt aufgeschoben haben
Eingetragene Partnerschaft	Partnerschaft im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 211.231)	Versicherter Lohn	der um den Koordinationsabzug verminderte anrechenbare Lohn
Eintrittsschwelle	definiert die Untergrenze des versicherungspflichtigen Jahreseinkommens	Vorsorgeplan	Reglement mit arbeitgeberspezifischen Bestimmungen in Ergänzung zum Vorsorge-reglement
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz; Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 831.42)	VR	Vorsorgereglement
FZV	Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsverordnung; Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 831.425)	ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 210)
IV	Eidg. Invalidenversicherung	Zusatzsparkonto	Separates Konto zur Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (Systematische Sammlung des Bundesrechts: SR 831.20)		

Art. 3 Kreis der Versicherten

- ¹ Versichert werden Arbeitnehmende, deren anrechenbarer Jahreslohn die Eintrittsschwelle übersteigt, ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität sowie frühestens ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres auch für das Alter. Der Beginn für die Versicherung des Alterssparens wird im Vorsorgeplan festgelegt.
- ² Nicht versichert werden:
 - a) Arbeitnehmende mit einem befristeten Arbeitsvertrag von höchstens drei Monaten; vorbehalten bleibt Abs. 3;
 - b) Arbeitnehmende, die nebenberuflich tätig sind und bereits für eine hauptberufliche Tätigkeit versichert sind oder im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben;
 - c) Personen, die im Sinne der IV zu mindestens 70 % invalid sind sowie Personen, welche im Sinne von Art. 26a BVG von einer anderen Vorsorgeeinrichtung zu versichern sind.
- ³ Arbeitnehmende mit befristeten Anstellungen werden versichert, wenn:
 - a) das Arbeitsverhältnis ohne Unterbruch über die Dauer von drei Monaten hinaus verlängert wird: In diesem Fall sind sie von dem Zeitpunkt an versichert, in dem die Verlängerung vereinbart wurde;
 - b) mehrere aufeinanderfolgende Anstellungen beim gleichen Arbeitgeber oder Einsätze für das gleiche verleihende Unternehmen insgesamt länger als drei Monate dauern und kein Unterbruch drei Monate übersteigt: In diesem Fall sind sie ab Beginn des insgesamt vierten Arbeitsmonats versichert; wird jedoch vor dem ersten Arbeitsantritt vereinbart, dass die Anstellungs- oder Einsatzdauer insgesamt drei Monate übersteigt, so erfolgt die Versicherung ab Beginn des Arbeitsverhältnisses.

Art. 4 Ausnahmen von der Beitrittspflicht

- ¹ Die APK kann in Absprache mit dem Arbeitgeber einzelne Personalgruppen von der Beitrittspflicht ausnehmen, wenn diese bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften versichert sind.
- ² Die APK kann in Absprache mit dem Arbeitgeber einzelne Arbeitnehmende mit Teilsparnissen von der Beitrittspflicht ausnehmen, wenn deren Einkommen bei der Vorsor-

geeinrichtung eines anderen Arbeitgebers versichert wird.

Art. 5 Beginn und Ende der Versicherung

- ¹ Die Versicherung beginnt mit dem Antritt des Arbeitsverhältnisses.
- ² Die Versicherungspflicht endet, wenn:
 - a) das ordentliche Pensionierungsalter erreicht wird;
 - b) das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird;
 - c) die Eintrittsschwelle unterschritten und der bisherige versicherte Lohn nicht weiterversichert wird.
- ³ Für die Risiken Tod und Invalidität bleiben die Arbeitnehmenden während eines Monats nach Auflösung des Vorsorgeverhältnisses bei der APK versichert. Wird vorher ein neues Vorsorgeverhältnis begründet, so ist die neue Vorsorgeeinrichtung zuständig.

Art. 6 Unbezahlter Urlaub

- ¹ Während eines unbezahlten Urlaubs wird die Versicherung für die Risiken Tod und Invalidität mit den vor Beginn des Urlaubs versicherten Leistungen weitergeführt.
- ² Auf Wunsch der versicherten Person werden während des unbezahlten Urlaubs zusätzlich zur Risikoversicherung gemäss Abs. 1 weiterhin Spargutschriften geäufnet.
- ³ Die auf der Grundlage des letzten versicherten Lohns vor dem unbezahlten Urlaub festgelegten Risiko- und Sparbeiträge gehen zulasten der versicherten Person. Das Inkasso erfolgt durch den Arbeitgeber.
- ⁴ Das vorhandene Sparguthaben wird während des unbezahlten Urlaubs zu dem von der APK festgelegten Satz verzinst.

Art. 7 Einzelmitgliedschaft

Die versicherte Person kann eine Risikoversorge weiterführen, wenn das Arbeitsverhältnis nach vollendetem 58. Altersjahr beendet wird und kein Übertritt in die Vorsorgeeinrichtung eines neuen Arbeitgebers erfolgt. Die APK regelt die Ausgestaltung in einem separaten Vorsorgeplan. Die durch diesen Vorsorgeplan entstehenden Vorsorge- und Verwaltungskosten sind vollumfänglich vom Einzelmitglied zu finanzieren.

Art. 8 Informations- und Mitwirkungspflichten

- ¹ Die versicherten und die Renten beziehenden Personen haben bei der Durchführung der beruflichen Vorsorge mitzuwirken und die APK über alle die Versicherung massgebenden Verhältnisse zu informieren.
- ² Bei Eintritt in die APK haben die Versicherten insbesondere dafür zu sorgen, dass:
 - a) die Austrittsleistungen der bisherigen Vorsorgeeinrichtungen bzw. die Vorsorgekapitalien der bisherigen Freizügigkeitseinrichtungen an die APK überwiesen werden;
 - b) alle notwendigen Daten von den bisherigen Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtungen an die APK weitergeleitet werden.
- ³ Personen, die Leistungen beanspruchen, haben insbesondere folgende Mitwirkungspflichten:
 - a) sie müssen unentgeltlich alle Auskünfte erteilen und alle Bescheinigungen beibringen, die zur Abklärung des Anspruchs und zur Festsetzung bzw. Überprüfung der Leistung notwendig sind;
 - b) sie haben alle in Frage kommenden Personen und Stellen, insbesondere Arbeitgeber, Ärztinnen und Ärzte sowie andere medizinische Leistungserbringer, öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Versicherungsträger sowie Stellen im Einzelfall zu ermächtigen, die Auskünfte zu erteilen, die für die Abklärung und Überprüfung von Leistungs- und Rückgriffsansprüchen erforderlich sind;
 - c) sie haben sich auf Anordnung der APK vertrauensärztlichen Untersuchungen zu unterziehen;
 - d) sie haben bei voller oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit die Meldepflicht nach Art. 46 VR zu beachten.
- ⁴ Personen, die Leistungen beziehen, ihre Angehörigen oder Dritte, denen die Leistung zukommt, haben die APK unverzüglich über jede wesentliche Änderung in den für

eine Leistung massgebenden Verhältnissen zu informieren.

- ⁵ Kommen die versicherte Person oder andere Personen, die Leistungen beanspruchen oder empfangen, den Informations- oder Mitwirkungspflichten in unentschuldbarer Weise nicht nach, so kann die APK entscheiden, auf das Leistungsgesuch nicht einzutreten oder die Ausrichtung von bereits zugesprochenen Leistungen zu sistieren. Vorbehalten bleibt zudem die Kürzung der Leistungen nach Art. 19 VR. Die APK mahnt die betroffenen Personen vorher schriftlich, weist auf die Rechtsfolgen hin und räumt ihnen eine angemessene Bedenkzeit ein.

Art. 9 Meldepflichten der Arbeitgeber

- ¹ Die Arbeitgeber liefern der APK rechtzeitig alle für die Abwicklung der Geschäftsvorfälle notwendigen Angaben und Unterlagen.
- ² Die Arbeitgeber haften für Schäden, die der APK wegen der Verletzung von Meldepflichten entstehen.

Art. 10 Informationspflichten der APK

- ¹ Die Versicherten erhalten jährlich:
 - a) einen Vorsorgeausweis, der sie über ihre Leistungsansprüche, den versicherten Lohn, den Beitragssatz und ihr Sparguthaben informiert;
 - b) eine Kurzfassung des Jahresberichts mit Angaben über die Organisation und die Finanzierung sowie über die Mitglieder des Vorstandes.
- ² Im Freizügigkeitsfall erstellt die APK eine Abrechnung über die Austrittsleistung und weist auf die gesetzlich und reglementarisch vorgesehenen Möglichkeiten der Erhaltung des Vorsorgeschatzes hin (Art. 8 FZG).
- ³ Die APK hält die Austrittsleistungen für die in Art. 2 Abs. 1 und 2 FZV genannten Zeitpunkte fest und teilt diese Angaben im Freizügigkeitsfall der neuen Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung mit.
- ⁴ Auf Anfrage werden den Versicherten und den Renten beziehenden Personen der Jahresbericht sowie weitere notwendige Informationen abgegeben.

2 Finanzierung

Art. 11 Versicherter Lohn

- ¹ Der anrechenbare Lohn, die Eintrittsschwelle, der Koordinationsabzug sowie der versicherte Lohn werden im Vorsorgeplan festgelegt.
- ² Bei anderen Arbeitgebern erzielte Einkommen werden auf Antrag der versicherten Person bei der Ermittlung des anrechenbaren Lohns berücksichtigt, wenn die Administration des gesamten Vorsorgeverhältnisses über den APK-Arbeitgeber abgewickelt wird.
- ³ Sinkt der anrechenbare Jahreslohn vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft oder aus ähnlichen Gründen, so behält der bisherige versicherte Lohn mindestens solange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach Art. 324a Abs. 1 bis 3 OR besteht oder ein Mutterschaftsurlaub nach Art. 329f OR dauert. Die versicherte Person kann jedoch die Herabsetzung des versicherten Lohns verlangen.
- ⁴ Die APK kann die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften vorsehen.

Art. 12 Beiträge

- ¹ Die Versicherten und die Arbeitgeber leisten während der Versicherungsdauer, längstens jedoch bis zum ordentlichen Pensionierungsalter bzw. bis zum Beginn des Anspruchs auf Beitragsbefreiung nach Art. 44 VR, Sparbeiträge sowie Beiträge zur Deckung der Risiken Tod und Invalidität.
- ² Die Aufteilung der Spar- und Risikobeiträge in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge wird im Vorsorgeplan festgelegt. Die Beiträge des Arbeitgebers müssen im Total mindestens gleich hoch sein wie die gesamten Beiträge aller seiner Arbeitnehmenden.
- ³ Der Arbeitgeber schuldet der APK die gesamten Beiträge (auch bezüglich Dritteinkommen). Diese sind monatlich spätestens am letzten Bankwerktag zu überweisen,

wenn in der Anschlussvereinbarung nichts anderes vereinbart wird. Für nicht rechtzeitig bezahlte Beiträge kann die APK einen Verzugszins verlangen.

Art. 13 Einkauf

- ¹ Die Austrittsleistungen der bisherigen Vorsorgeeinrichtungen bzw. das Vorsorgekapital der bisherigen Freizügigkeitseinrichtungen werden in erster Linie dem Sparguthaben, in zweiter Linie dem Zusatzsparkonto der versicherten Person gutgeschrieben.
- ² Vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters kann sich die versicherte Person mittels persönlicher Einlagen in die reglementarischen Vorsorgeleistungen einkaufen; die Einlagen werden ihrem Sparguthaben gutgeschrieben.
- ³ Freiwillige Einkäufe nach Abs. 2 können erst vorgenommen werden, wenn Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung zurückbezahlt sind. Vorbehalten bleiben die Fälle, in denen eine Rückzahlung nach Art. 49 Abs. 4 VR nicht mehr zulässig ist, und des Wiedereinkaufs im Falle der Ehescheidung oder gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.
- ⁴ Der Betrag der persönlichen Einlagen entspricht höchstens der Differenz zwischen dem voraussichtlichen Sparguthaben (siehe Anhang des Vorsorgeplans, Tabelle A) und dem am Tag des Einkaufs vorhandenen Sparguthaben. Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um:
 - a) Freizügigkeitsguthaben, welche die versicherte Person nicht in die APK eingebracht hat;
 - b) getätigte Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung, welche gemäss Art. 49 Abs. 4 VR nicht mehr zurückbezahlt werden können;
 - c) Guthaben in der Säule 3a, soweit diese die vom Bundesamt für Sozialversicherung gestützt auf Art. 60a Abs. 2 BVV 2 herausgegebenen Tabellenwerte übersteigen.
- ⁵ Für Personen, welche ab dem 1. Januar 2006 aus dem Ausland zuziehen und noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, darf in den ersten fünf Jahren nach Eintritt in eine schweizerische Vorsorgeeinrichtung die jährliche Einkaufssumme 20 % des versicherten Lohns nicht überschreiten. Nach Ablauf der fünf Jahre kann die versicherte Person sich gemäss Abs. 4 in die vollen reglementarischen Leistungen einkaufen.

- ⁶ Die Beurteilung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der persönlichen Einlagen durch die Steuerbehörden bleibt vorbehalten.
- ⁷ Übernimmt der Arbeitgeber einen Teil der Eintrittsleistung, so gilt Art. 7 FZG.
- ⁸ Die aus den Einkäufen resultierenden Leistungen dürfen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform bezogen werden. Von dieser Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung oder gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

Art. 14 Zusatzsparkonto

- ¹ Die Versicherten können unter Vorbehalt von Abs. 3 ein Zusatzsparkonto eröffnen, mit dem je nach Wahl der Versicherten finanziert wird:
 - a) der Auskauf der Kürzung der Altersleistungen infolge vorzeitiger Pensionierung; und/oder
 - b) die Überbrückungsrente nach Art. 31 VR.
- ² Das Zusatzsparkonto wird durch Einkäufe der versicherten Person sowie allfällige Zuwendungen geäufnet. Es wird zu einem von der APK bestimmten Satz verzinst.
- ³ Einkäufe der versicherten Person können dem Zusatzsparkonto nur gutgeschrieben werden, wenn gemäss Art. 13 VR keine Einkäufe mehr möglich sind.
- ⁴ Die persönliche Einlage auf das Zusatzsparkonto darf die Differenz zwischen dem voraussichtlichen und dem im Zeitpunkt des Einkaufs vorhandenen Betrag des Zusatzsparkontos, nach Abzug der Beträge gemäss Art. 13 Abs. 4 Buchstaben a bis c VR, nicht übersteigen. Der voraussichtliche Betrag des Zusatzsparkontos entspricht der Summe folgender zwei Beträge:
 - a) der Differenz zwischen der Altersrente im ordentlichen Rücktrittsalter und der vorzeitigen Altersrente im Alter 58, wobei diese Differenz durch den im Alter 58 anwendbaren Umwandlungssatz dividiert und bis zum Alter des Versicherten am Tag des Einkaufs mit dem technischen Zinssatz diskontiert wird (siehe Anhang zum Vorsorgeplan, Tabelle D);

- b) dem Jahresbetrag der maximalen Überbrückungsrente (nur von der versicherten Person finanziert Teil), multipliziert mit der Anzahl Jahre, während derer eine Überbrückungsrente ausbezahlt werden kann und bis zum Alter der versicherten Person am Tag des Einkaufs mit dem technischen Zinssatz diskontiert (siehe Anhang zum Vorsorgeplan, Tabelle E).

- ⁵ Für Versicherte, die das Alter der vorzeitigen Pensionierung erreicht haben, wird der Höchstbetrag aufgrund eines sofortigen Rücktritts bestimmt.
- ⁶ Bei Versicherten, die das Alter der vorzeitigen Pensionierung erreicht haben und deren Leistungen aufgrund eines sofortigen Rücktritts, unter Berücksichtigung des Zusatzsparkontos, 105 % des Leistungsziels im ordentlichen Rücktrittsalter überschreiten, werden das Sparguthaben und das Zusatzsparkonto nicht mehr verzinst und keine Spargutschriften mehr geäufnet.

Art. 15 Verwendung des Zusatzsparkontos

- ¹ Das Guthaben auf dem Zusatzsparkonto wird zusätzlich zu den anderen gemäss diesem Vorsorgereglement bestimmten Leistungen ausgerichtet und wie folgt ausbezahlt:
 - a) beim (teilweisen) Altersrücktritt: an die versicherte Person, nach deren Wahl in Form einer Erhöhung der Alters- und/oder als Überbrückungsrente oder in Kapitalform;
 - b) bei Invalidität gemäss Art. 40 ff. VR: an die versicherte Person, in Kapitalform;
 - c) bei Tod: an die Anspruchsberechtigten des Todesfallkapitals nach Art. 38 VR, in Kapitalform;
 - d) bei Austritt: an die versicherte Person gemäss Art. 48 VR.
- ² Die Leistungen an die versicherte Person sind nach Ausfinanzierung der maximal möglichen Überbrückungsrente auf 105 % des festgesetzten Leistungsziels beschränkt. Ein allfälliger übersteigender Teil verfällt der APK.

3 Vorsorgeleistungen

3.1 Allgemeines

Art. 16 Auszahlung der Vorsorgeleistungen

- ¹ Die APK erfüllt ihre Verbindlichkeiten durch Überweisung auf das von der anspruchsberechtigten Person genannte Bank- oder Postkonto. Die Kosten der Überweisung auf ein ausländisches Konto können der versicherten Person belastet werden. Die Überweisung erfolgt in jedem Fall in Schweizer Franken.
- ² Renten werden jeweils per Ende Monat ausbezahlt.
- ³ Für den Monat, in welchem der Rentenanspruch erlischt, wird die ganze Monatsrente ausbezahlt. Diese Regelung gilt nicht im Falle des Erlöschens der Invalidenrente wegen Absinkens des Invaliditätsgrades unter 25 %.
- ⁴ Die APK richtet an Stelle der Rente eine Kapitalabfindung aus, wenn die Alters- oder Invalidenrente weniger als 10 %, die Witwen- bzw. Witwerrente oder die Partnerrente weniger als 6 % oder die Waisenrente weniger als 2 % der Mindestaltersrente der AHV beträgt. Mit der Auszahlung der Kapitalabfindung erlöschen alle Ansprüche gegenüber der APK.
- ⁵ Kapitalleistungen werden innert 30 Tagen nach Vorliegen sämtlicher relevanter Unterlagen ausbezahlt.

Art. 17 Anpassung der Renten

Die APK entscheidet jährlich aufgrund der finanziellen Möglichkeiten und gestützt auf § 20 Abs. 3 Pensionskassendekret über die Anpassung der laufenden Renten an die Preisentwicklung.

Art. 18 Ungerechtfertigte Vorteile

- ¹ Todesfall- und Invalidenleistungen werden gekürzt, soweit sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90 % des mutmasslich entgangenen Verdienstes übersteigen. Nach Erreichen des AHV-Alters wird für die Überentschädigungsberechnung auf den mutmasslich entgangenen Verdienst unmittelbar vor dem Rentenalter abgestellt. Dieser Betrag wird analog zu den BVG-Invalidenrenten der Preisentwicklung angepasst.
- ² Als anrechenbare Einkünfte gelten Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, die der anspruchsberechtigten Person aufgrund des schädigenden Ereignisses ausgerichtet werden, wie Renten oder Kapitalleistungen mit ihrem Rentenumwandlungswert in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen, mit Ausnahme von Hilflosenentschädigungen, Abfindungen und ähnlichen Leistungen. Bezüglern von Invalidenleistungen wird überdies das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen angerechnet, mit Ausnahme des Zusatzeinkommens, welches während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung im Sinne von Art. 8a IVG erzielt wird.
- ³ Nach Erreichen des AHV-Alters gelten auch Altersleistungen in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen, mit Ausnahme von Hilflosenentschädigungen, Abfindungen und ähnlichen Leistungen als anrechenbare Einkünfte.
- ⁴ Die Einkünfte der Witwe oder des Witwers oder der überlebenden eingetragenen Partnerin oder des überlebenden eingetragenen Partners und der Waisen werden zusammengerechnet.
- ⁵ Die APK kann die Voraussetzungen und den Umfang einer Kürzung jederzeit überprüfen und ihre Leistungen anpassen, wenn die Verhältnisse sich wesentlich ändern.

Art. 19 Kürzung der Leistungen

- ¹ Die APK kann ihre Leistungen im entsprechenden Umfang kürzen, wenn die AHV/IV bzw. die Unfall- oder Militärversicherung eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert.
- ² Bei rein überobligatorischen Leistungen werden die entsprechenden Bestimmungen betreffend Kürzung, Entzug oder Verweigerung einer Leistung sinngemäss angewendet.

Art. 20 **Haftpflichtige Dritte**

- ¹ Gegenüber Dritten, die für den Versicherungsfall haften, tritt die APK im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Person, ihrer Hinterbliebenen und weiterer Begünstigter ein. Im Übrigen sind Forderungen gegenüber haftpflichtigen Dritten der APK bis zur Höhe ihrer Leistungspflicht abzutreten.
- ² Die Versicherten oder die Hinterbliebenen sind verpflichtet, Haftpflichtansprüche der APK rechtzeitig zu melden, die Abtretungserklärung einzureichen und bei der Durchsetzung der Rückgriffsrechte mitzuwirken. Verletzen sie diese Pflicht, so werden die Leistungen der APK entsprechend den mutmasslich entgangenen Entschädigungen herabgesetzt.

Art. 21 **Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen**

- ¹ Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten. Die APK kann von der Rückforderung absehen, wenn die Leistungsempfängerin oder der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt.
- ² Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf eines Jahres, nachdem die APK davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber mit Ablauf von fünf Jahren seit der Auszahlung der Leistung. Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für welche das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist festsetzt, so ist diese Frist massgebend.

Art. 22 **Vorleistungspflicht**

- ¹ Die APK wird vorleistungspflichtig, wenn kumulativ:
 - a) die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung noch nicht feststeht; und
 - b) die Antrag stellende bzw. die verstorbene Person zuletzt der APK angehörte; und
 - c) die Antrag stellende Person sich bei allen in Frage kommenden Versicherungsträgern angemeldet sowie ihre Ansprüche diesen gegenüber der APK abgetreten hat.
- ² Die Vorleistungspflicht beschränkt sich auf die BVG-Mindestleistungen und gilt aus-

schliesslich für Renten, die nicht vor dem 1. Januar 2005 zu laufen begonnen haben.

- ³ Stellt sich später heraus, dass die APK nicht leistungspflichtig ist, so nimmt sie auf die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung bzw. bei deren Fehlen auf die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger Rückgriff.

3.2 Altersleistungen

Art. 23 **Ordentliches Pensionierungsalter und flexibler Altersrücktritt**

Das ordentliche Pensionierungsalter wird im Vorsorgeplan festgelegt. Der Altersrücktritt kann auch vor oder nach Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters erfolgen.

Art. 24 **Vorzeitiger Altersrücktritt**

- ¹ Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Vollendung des 58. Altersjahres werden Altersleistungen ausgerichtet, wenn die versicherte Person nicht Anspruch auf eine Austrittsleistung hat.
- ² Frühere Altersrücktritte als nach Abs. 1 sind zulässig:
 - a) bei betrieblichen Restrukturierungen;
 - b) bei Arbeitsverhältnissen, in denen frühere Altersrücktritte aus Gründen der öffentlichen Sicherheit vorgesehen sind.

Art. 25 **Aufgeschobener Altersrücktritt**

- ¹ Bei Weiterführung des Arbeitsverhältnisses über das ordentliche Pensionierungsalter hinaus wird die Ausrichtung von Altersleistungen auf Antrag der versicherten Person bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses, längstens um fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters der AHV aufgeschoben.
- ² Die APK kann im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften die Möglichkeit vorsehen, während dem Aufschub zusätzliche Spargutschriften äufnen zu lassen.

Art. 26 Altersrücktritt in Teilschritten

Der Altersrücktritt kann in maximal drei Teilschritten erfolgen. Voraussetzung ist pro Teilschritt eine Reduktion des Beschäftigungsgrades um mindestens 20 % der Normalarbeitszeit. Das im Zeitpunkt des teilweisen Altersrücktritts vorhandene Sparguthaben wird entsprechend aufgeteilt.

Art. 27 Sparguthaben

- ¹ Für die Versicherten wird mit Einlagen, Spargutschriften und Zinsen ein individuelles Sparguthaben gebildet, welches im Zeitpunkt des Altersrücktritts in eine Altersrente umgewandelt wird.
- ² Die Höhe der jährlichen Spargutschriften wird im Vorsorgeplan festgelegt.
- ³ Der Zinssatz für das Sparguthaben wird jährlich von der APK aufgrund der Ertragsmöglichkeiten auf den Vermögensanlagen und der Wertschwankungsreserve der APK sowie unter Berücksichtigung von § 20 Abs. 2 Pensionskassendekret festgelegt.

Art. 28 Höhe der Altersrente

Die Altersrente wird in Prozenten (Umwandlungssatz) des Sparguthabens berechnet, welches die Versicherten im Zeitpunkt des Altersrücktritts erworben haben. Der Umwandlungssatz wird nach versicherungstechnischen Grundsätzen festgelegt (siehe Anhang zum Vorsorgeplan, Tabelle B).

Art. 29 Alterskinderrente

Versicherte, denen eine Altersrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente. Deren Höhe wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 30 Alterskapital

- ¹ Auf Antrag der versicherten Person wird ein Teil der Altersrente als einmaliges Alterskapital ausgerichtet. Die Höhe des Alterskapitals entspricht nach Wahl der versicherten Person:
 - a) einem Viertel des BVG-Altersguthabens; oder
 - b) der Hälfte des BVG-Altersguthabens; oder
 - c) dem Gesamt- oder einem Teilbetrag desjenigen Teils des Sparguthabens, der den Betrag der elffachen maximalen jährlichen AHV-Altersrente übersteigt.
- ² Art. 79b Abs. 3 BVG bleibt vorbehalten.
- ³ Der schriftliche Antrag auf Ausrichtung des Alterskapitals ist der APK mindestens ein Jahr vor dem gewünschten Pensionierungszeitpunkt, bei aufgeschobenem Altersrücktritt mindestens ein Jahr vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters einzureichen.
- ⁴ Der Widerruf des Antrags auf Ausrichtung des Alterskapitals ist nach Ablauf der in Abs. 3 genannten Anmeldefristen nicht mehr möglich.
- ^{4 bis} Bei vorzeitigem Altersrücktritt auf Verlangen des Arbeitgebers kann der schriftliche Antrag auf Ausrichtung des Alterskapitals bis drei Monate vor dem Pensionierungszeitpunkt eingereicht oder widerrufen werden.
- ⁵ Bei einem Altersrücktritt in Teilschritten ist die Ausrichtung eines Alterskapitals nur einmal möglich.
- ⁶ Im Umfang des bezogenen Alterskapitals erlöschen alle Ansprüche der Versicherten und Hinterbliebenen gegenüber der APK.
- ⁷ Ist die versicherte Person verheiratet oder lebt sie in eingetragener Partnerschaft, so ist die Ausrichtung des Alterskapitals nach Abs. 1 nur zulässig, wenn die Ehepartnerin oder der Ehepartner bzw. die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner schriftlich zustimmt oder die Zustimmung durch ein Gerichtsurteil ersetzt wird.

Art. 31 **Überbrückungsrente**

- ¹ Beim Altersrücktritt kann für die Dauer bis zum ordentlichen Rentenalter der AHV die Ausrichtung einer Überbrückungsrente beantragt werden. Die Überbrückungsrente darf höchstens der maximalen jährlichen AHV-Altersrente entsprechen. Das Sparguthaben wird nach versicherungstechnischen Grundsätzen gekürzt (siehe Anhang zum Vorsorgeplan, Tabelle C).
- ² Die Kürzung des Sparguthabens entfällt im Umfang der Vorfinanzierung der Überbrückungsrente über das Zusatzsparkonto.
- ³ Im Vorsorgeplan kann die Finanzierung der Überbrückungsrente durch zusätzliche Beiträge in Prozenten des versicherten Lohns vorgesehen werden.

3.3 Todesfallleistungen

Art. 32 **Witwen und Witwer**

- ¹ Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente besteht, wenn im Zeitpunkt des Todes der versicherten Person bzw. der Rentnerin oder des Rentners:
 - a) die Ehe, unter Anrechnung der vorangegangenen eheähnlichen Gemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt, ununterbrochen 5 Jahre gedauert hat; oder
 - b) die Witwe oder der Witwer für den Unterhalt mindestens eines Kindes aufkommen muss; oder
 - c) die Witwe oder der Witwer eine ganze Invalidenrente der IV bezieht.
- ² Stirbt eine Rentnerin oder ein Rentner und erfüllt die Witwe oder der Witwer keine der Voraussetzungen nach Absatz 1, besteht Anspruch auf eine Abfindung.
- ³ Die Höhe der Witwen- und Witwerrenten sowie der Abfindung wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 33 **Eingetragene Partnerinnen oder Partner**

Überlebende eingetragene Partnerinnen oder Partner haben die gleiche Rechtsstellung wie die Witwen oder Witwer.

Art. 34 **Ehescheidung oder gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partnerschaft**

- ¹ Geschiedene haben beim Tod der früheren Ehefrau bzw. des früheren Ehemannes Anspruch auf eine Rente in der Höhe der Witwen- bzw. Witwerrente, sofern:
 - a) die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hatte; und
 - b) ihnen im Scheidungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde.
- ² Ehemalige Partnerinnen und Partner in eingetragener Partnerschaft haben Anspruch auf eine Partnerrente, sofern:
 - a) die eingetragene Partnerschaft mindestens zehn Jahre gedauert hat; und
 - b) der ehemaligen Partnerin oder dem ehemaligen Partner im Auflösungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde.
- ³ Die Höhe der Partnerrente richtet sich nach den Bestimmungen der Witwen- bzw. Witwerrente.
- ⁴ Die Leistungen werden um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen, insbesondere AHV und IV, den Anspruch aus dem Scheidungsurteil oder dem Urteil über die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft übersteigen.

Art. 35 **Nicht eingetragene Partnerinnen oder Partner**

- ¹ Überlebende nicht eingetragene Partnerinnen oder Partner gleichen oder unterschiedlichen Geschlechts haben Anspruch auf eine Partnerrente, wenn folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:
 - a) die eheähnliche Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt hat im Zeitpunkt des Todes der versicherten Person oder der Rentnerin bzw. des Rentners

nachweisbar mindestens fünf Jahre ununterbrochen bestanden oder die überlebende Person muss für den Unterhalt mindestens eines gemeinsamen Kindes aufkommen;

- b) weder die verstorbene noch die überlebende Person war im Zeitpunkt des Todes verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend;
- c) die beiden Personen waren weder im 1. bis 3. Grad miteinander verwandt oder verschwägert noch standen sie in einem Stiefkindverhältnis;
- d) die überlebende Person bezieht weder eine Witwen- bzw. Witwerrente noch eine Partnerrente aus der obligatorischen oder weitergehenden beruflichen Vorsorge.

² Die Höhe der Partnerrente richtet sich nach den Bestimmungen der Witwen- bzw. Witwerrente.

³ Witwen- oder Witwerrenten der AHV werden an die auszahlenden Leistungen angerechnet. Ebenfalls angerechnet werden Unterhaltszahlungen aus einem Scheidungsurteil oder einem Urteil über die Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

Art. 36 Waisen

¹ Die Kinder der verstorbenen Versicherten oder Rentnerinnen und Rentner haben Anspruch auf Waisenrenten, Pflegekinder nur, wenn die verstorbene Person für ihren Unterhalt aufzukommen hatte.

² Die Höhe der Waisenrente wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 37 Beginn und Ende des Rentenanspruchs

¹ Der Rentenanspruch entsteht:

- a) beim Tod von Rentnerinnen und Rentnern am ersten Tag des Folgemonats;
- b) beim Tod von Versicherten am folgenden Tag, frühestens jedoch mit Beendigung der vollen Lohnfortzahlung.

² Der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente bzw. auf eine Partnerrente erlischt:

- a) mit dem Tod der rentenberechtigten Person;
- b) im Zeitpunkt in dem die rentenberechtigte Person heiratet oder eine eingetragene Partnerschaft eingeht.

³ Die Partnerrente nach Art. 35 VR erlischt zudem fünf Jahre nach Eingehen einer neuen Lebensgemeinschaft.

⁴ Der Anspruch auf Waisenrenten erlischt mit Vollendung des 18. Altersjahres. Für Waisen, die sich in Ausbildung befinden oder zu mindestens 70 % invalid sind, bleibt der Anspruch jedoch längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres bestehen.

Art. 38 Todesfallkapital

¹ Stirbt eine versicherte Person, steht ein Todesfallkapital zu:

- a) der Witwe oder dem Witwer, der eingetragenen Partnerin oder dem eingetragenen Partner, der Person, die nach Art. 35 Abs. 1 VR rentenberechtigt wird;
- b) bei Fehlen von Begünstigten nach Buchstabe a: natürlichen Personen, die von der versicherten Person in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder der Person, die mit der versicherten Person in den letzten fünf Jahren bis zum Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss;
- c) bei Fehlen von Personen nach den Buchstaben a und b: den Kindern der verstorbenen Person, den Eltern oder den Geschwistern;
- d) bei Fehlen von Personen nach den Buchstaben a, b und c: den übrigen gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens.

² Die versicherte Person kann durch schriftliche Erklärung an die APK die Verteilung des Todesfallkapitals innerhalb der einzelnen Begünstigtenkategorien nach Abs. 1 Buchstaben a bis d nach freiem Ermessen festlegen. Fehlt eine schriftliche Erklärung, so wird das Todesfallkapital innerhalb der anspruchsberechtigten Begünstigtenkategorie zu gleichen Teilen ausgerichtet.

³ Die schriftliche Erklärung nach Abs. 2 ist nur gültig, wenn:

- a) sie am Sitz der APK unter Vorlage eines amtlichen Personalausweises unterzeichnet wird; oder
- b) die Unterschrift der verfügenden Person amtlich beglaubigt worden ist; oder
- c) sie die Formerfordernisse einer letztwilligen Verfügung im Sinne von Art. 498 ZGB erfüllt.

⁴ Das Todesfallkapital entspricht dem im Todeszeitpunkt vorhandenen Sparguthaben, vermindert um die nach versicherungstechnischen Grundsätzen und für den Todes-

zeitpunkt berechnete Einmaleinlage zur Finanzierung der Leistungen nach Art. 32 bis 36 VR. Für Begünstigte nach Abs. 1 Buchstabe d reduziert sich der resultierende Anspruch um die Hälfte.

Art. 39 Kürzung von Todesfalleistungen

War die verstorbene Person mehr als 15 Jahre älter als die Witwe bzw. der Witwer oder die anspruchsberechtigte Partnerin bzw. der anspruchsberechtigte Partner, so werden die diesen Personen zugesprochenen Todesfalleistungen für jeden die Differenz von 15 Jahren übersteigenden Altersmonat um 0.5 % gekürzt. Die Kürzung vermindert sich für jedes volle Jahr der Ehe, der eingetragenen Partnerschaft oder der Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt um einen Zwanzigstel.

3.4 Invalidenleistungen

Art. 40 Leistungsanspruch

Anspruch auf eine Invalidenrente haben Personen, die kumulativ:

- a) ihre Erwerbsfähigkeit nicht durch zumutbare Eingliederungsmassnahmen der IV wieder herstellen, erhalten oder verbessern können; und
- b) während eines Jahres ohne wesentlichen Unterbruch durchschnittlich mindestens 25 % arbeitsunfähig (Art. 6 ATSG) gewesen sind; und
- c) nach Ablauf dieses Jahres zu mindestens 25 % invalid (Art. 8 ATSG) sind und das ordentliche Pensionierungsalter noch nicht erreicht haben; und
- d) die übrigen Voraussetzungen nach Art. 23 BVG erfüllen.

Art. 41 Höhe der Invalidenrente

- ¹ Die Höhe der vollen Invalidenrente wird in Prozenten des versicherten Lohns im Vorsorgeplan festgelegt. Die Höhe der Teilinvalidenrente entspricht der vollen Invalidenrente, multipliziert mit dem Invaliditätsgrad.

² Personen haben Anspruch auf:

- a) eine volle Invalidenrente, wenn sie im Sinne der IV zu mindestens 70 % invalid sind;
- b) eine Teilinvalidenrente, wenn sie im Sinne der IV zu mindestens 25 % und zu weniger als 70 % invalid sind.

- ³ Die Invalidenrente wird am Monatsende nach Vollendung des 65. Altersjahres aufgrund des Sparguthabens, welches für Invalidenrentnerinnen und -rentner aufgrund des letzten versicherten Lohns weitergeführt wird, als Invalidenrente neu berechnet.

Art. 42 Beginn, Revision und Ende des Anspruchs auf eine Invalidenrente

- ¹ Beginn und Revision des Anspruchs auf eine Invalidenrente richten sich sinngemäss nach den Vorschriften der IV. Eine Anpassung der Invalidenrente erfolgt jedoch erst, wenn sich der Invaliditätsgrad um mindestens 10 % eines Vollpensums geändert hat oder ein Schwellenwert nach Art. 41 Abs. 2 VR über- oder unterschritten wird.

- ² Im Vorsorgeplan kann der Anspruch auf eine Invalidenrente für zwei Jahre aufgeschoben werden, wenn die versicherte Person für diesen Zeitraum den vollen Lohn oder Krankentaggelder erhält, die mindestens 80 % des entgangenen Lohns betragen und mindestens zur Hälfte vom Arbeitgeber finanziert sind.

- ³ Der Anspruch erlischt mit dem Tod oder wenn der Invaliditätsgrad weniger als 25 % beträgt. Art. 42a VR bleibt vorbehalten.

Art. 42a Provisorische Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruches bei Herabsetzung oder Aufhebung der Rente der Invalidenversicherung

- ¹ Wird die Rente der IV nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben, so bleibt die versicherte Person während drei Jahren zu den gleichen Bedingungen bei der APK versichert, sofern sie vor der Herabsetzung oder Aufhebung der Rente an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a IVG teilgenommen hat oder die Rente wegen der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Erhöhung des Beschäftigungsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wurde.

- ² Der Versicherungsschutz und der Leistungsanspruch bleiben aufrechterhalten, solange die versicherte Person eine Übergangsleistung nach Art. 32 IVG bezieht.
- ³ Während der Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs wird die Invalidenrente entsprechend dem verminderten Invaliditätsgrad der versicherten Person gekürzt, jedoch nur soweit, wie die Kürzung durch ein Zusatzeinkommen der versicherten Person ausgeglichen wird.

Art. 43 Invalidenkinderrente

Versicherte, denen eine Invalidenrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Fall ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente. Deren Höhe wird im Vorsorgeplan festgelegt.

Art. 44 Beitragsbefreiung

Bei Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit beginnt die Beitragsbefreiung bei Wegfall des Anspruchs auf eine 100 %ige Lohnfortzahlung oder entsprechende Versicherungsleistungen, frühestens aber nach drei Monaten und spätestens nach einem Jahr.

Art. 45 Verrechnung mit Leistungen der IV

Richtet die APK eine Invalidenrente aus, wird diese mit einer allfälligen Nachzahlung einer Rente der IV verrechnet.

Art. 46 Anmeldung bei der IV durch die versicherte Person

- ¹ Ist die versicherte Person voll oder teilweise arbeitsunfähig, hat sie sich auf den frühest möglichen Zeitpunkt, spätestens aber nach drei Monaten bei der zuständigen IV-Stelle zur Früherfassung zu melden oder eine Anmeldung (Art. 29 ATSG) einzureichen.
- ² Die Meldepflicht entfällt, wenn:
 - a) der Arbeitgeber die Meldung zur Früherfassung bereits vorgenommen hat; oder

- b) die aus ärztlicher Sicht zu erwartende Arbeitsunfähigkeit voraussichtlich weniger als drei Monate dauert.

Art. 47 Anmeldung bei der IV durch den Arbeitgeber

- ¹ Der Arbeitgeber meldet eine voll oder teilweise arbeitsunfähige Person auf den frühest möglichen Zeitpunkt, spätestens aber nach drei Monaten bei der zuständigen IV-Stelle oder dem mit ihr zusammen arbeitenden Versicherer zur Früherfassung an.
- ² Die Meldepflicht entfällt, wenn:
 - a) die voll oder teilweise arbeitsunfähige Person die Meldung zur Früherfassung oder die Anmeldung bei der Invalidenversicherung (Art. 29 ATSG) bereits vorgenommen hat; oder
 - b) die aus ärztlicher Sicht zu erwartende Arbeitsunfähigkeit voraussichtlich weniger als drei Monate dauert.

4 Austrittsleistungen

Art. 48 Austritt

- ¹ Versicherte, welche die APK verlassen, bevor ein Vorsorgefall eintritt, haben Anspruch auf eine Austrittsleistung. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Vollendung des 58. Altersjahres können die Versicherten nur dann eine Austrittsleistung beanspruchen, wenn sie die Erwerbstätigkeit weiterführen oder als arbeitslos gemeldet sind.
- ² Ebenso haben Versicherte, deren Rente der IV nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wird, am Ende der provisorischen Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs nach Art. 42a Abs. 1 und 2 VR Anspruch auf eine Austrittsleistung.
- ³ Die Austrittsleistung entspricht dem Sparguthaben im Austrittszeitpunkt, mindestens aber dem Anspruch gemäss Art. 17 und 18 FZG. Die Berechnung der Austrittsleistung bei Teil- oder Gesamtliquidation bleibt vorbehalten.
- ⁴ Die Überweisung der Austrittsleistung erfolgt nach den bundesrechtlichen Vorschriften.

Art. 49 Wohneigentumsförderung, Ehescheidung und Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft

- ¹ Die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge und das Vorgehen bei Ehescheidung bzw. bei gerichtlicher Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft richten sich nach Bundesrecht und den folgenden Absätzen.
- ² Vorbezüge und Verpfändungen im Rahmen der Wohneigentumsförderung können bis drei Jahre vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters geltend gemacht werden.
- ³ Bei einem Vorbezug sowie bei Ehescheidung und Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft wird in erster Linie das Guthaben des Zusatzsparkontos verwendet, anschliessend das Sparguthaben der versicherten Person, wobei der obligatorische wie

auch der überobligatorische Teil proportional gekürzt werden. Eine allfällige Rückerstattung wird in erster Linie dem Sparguthaben zugewiesen.

- ⁴ Rückzahlungen von Vorbezügen sind bis drei Jahre vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters zugelassen. Der obligatorische wie auch der überobligatorische Teil des Sparguthabens werden proportional geäufnet.

Art. 50 Teilliquidationen

Die APK erlässt ein Teilliquidationsreglement.

5 Schlussbestimmungen

Art. 51 Lücken im Reglement

In Fällen, in denen dieses Reglement oder das übergeordnete Recht keine zwingende Regelung enthalten, ist die APK befugt, eine dem Sinn und Zweck der beruflichen Vorsorge entsprechende Regelung zu treffen.

Art. 52 Massnahmen bei Unterdeckung

Im Falle einer Unterdeckung erlässt die APK die für die Durchführung des von der Aufsichtsbehörde zu prüfenden Massnahmenkonzeptes erforderliche reglementarische Grundlage für Sanierungsmassnahmen. Als Sanierungsmassnahmen können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben insbesondere vorgesehen werden: Sanierungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden, Sanierungsbeiträge von Rentnerinnen und Rentnern, die Unterschreitung des BVG-Mindestzinses und der Verzicht der Arbeitgeber auf die Verwendung ihrer Arbeitgeberbeitragsreserve. Die Erhebung von Sanierungsbeiträgen ist subsidiär zu anderen Massnahmen. Die Unterschreitung des BVG-Mindestzinses ist wiederum subsidiär zu den Sanierungsbeiträgen.

Art. 53 Künftige Änderungen

Der Vorstand kann das Vorsorgereglement jederzeit ändern, wobei die wohlerworbenen Rechte zu wahren sind.

Art. 54 Rechtspflege

Es gelten die Bestimmungen in Art. 73 und 74 BVG.

Art. 55 Inkrafttreten

Das Vorsorgereglement tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

6 Anhang

Reglement über die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns

vom 30. November 2011

Gestützt auf Art. 11 Abs. 4 Vorsorgereglement wird vom Vorstand beschlossen:

Art. 1 Umfang der Weiterführung

- ¹ Versicherte Personen, deren anrechenbarer Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert, können die Alters- und Risikoversorge auf der Basis des bisherigen versicherten Lohns und des bisherigen Vorsorgeplans weiterführen. Eine teilweise Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns ist nicht möglich.
- ² Die Weiterführung ist ausgeschlossen, wenn die Reduktion des anrechenbaren Lohns Alters- oder Invalidenleistungen zur Folge hat.
- ³ Entscheidet sich die versicherte Person für die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns, setzt sich dieser aus zwei Teilen zusammen:
 - dem zwingend versicherten Lohn. Dieser wird auf der Basis des reduzierten anrechenbaren Lohns gemäss Art. 3 des Vorsorgeplans berechnet.
 - dem freiwillig versicherten Lohn. Dieser entspricht der Differenz zwischen dem versicherten Lohn vor der Lohnreduktion und dem zwingend versicherten Lohn. Ändert dieser, wird der freiwillig versicherte Lohn neu berechnet.

Art. 2 Beginn und Ende der Weiterführung

- ¹ Die Weiterführung erfolgt auf den Zeitpunkt der Lohnreduktion. Ein späterer Beginn ist nicht möglich.
- ² Die Versicherten haben die Möglichkeit, die Weiterführung unter Beachtung einer Kündigungsfrist von einem Monat per Ende eines Kalendermonats zu beenden. Eine Wiederaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt ist ausgeschlossen.

- ³ Die Weiterführung endet ohne Kündigung:
- a) mit Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters
 - b) sobald die Lohnreduktion im Vergleich zum anrechenbaren Lohn vor der Weiterführung mehr als die Hälfte ausmacht.

Art. 3 **Beiträge**

- ¹ Art. 7 Abs. 2 des Vorsorgeplans legt die Beitragspflicht für den freiwillig versicherten Lohn fest.
- ² Bei der Berechnung der Freizügigkeitsleistung gemäss Art. 17 FZG erfolgt für die Beiträge nach Absatz 1 kein Zuschlag von 4 Prozent pro Altersjahr ab dem 20. Altersjahr.

Art. 4 **Ungerechtfertigte Vorteile**

In Abweichung von Art. 18 Abs. 1 Vorsorgereglement werden Todesfall- und Invalidenleistungen gekürzt, soweit sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften den anrechenbaren Lohn nach der Lohnreduktion übersteigen.

Art. 5 **Inkrafttreten**

Dieses Reglement tritt per 1. Januar 2012 in Kraft.

Kernplan

Art. 1 Gültigkeit

Der vorliegende Vorsorgeplan gilt ab 1. Januar 2014 für die Mitglieder des Obergerichts, die Angestellten und Beamten des Kantons sowie die Angestellten der Gemeinden, deren Lohn direkt durch den Kanton ausgerichtet wird. Es gelten die nachfolgenden Bestimmungen in Ergänzung zum Vorsorgereglement (im Folgenden VR).

Art. 2 Eintrittsschwelle

Massgebend ist die Eintrittsschwelle gemäss BVG.

Art. 3 Versicherter Lohn

- ¹ Der versicherte Lohn entspricht dem anrechenbaren Jahreslohn vermindert um einen Koordinationsabzug. Art. 79c BVG sowie das Reglement über die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns bleiben vorbehalten.
- ² Als anrechenbarer Jahreslohn gilt der AHV-Jahreslohn vermindert um die in Abs. 3 aufgeführten Lohnbestandteile.
- ³ Folgende Lohnbestandteile werden nicht zum anrechenbaren Lohn gezählt:
 - a) Entschädigungen für geleistete Überstunden oder Überzeit;
 - b) Sämtliche von der Leistung oder vom Geschäftsergebnis abhängige Prämien;
 - c) Treueprämien und Dienstaltesgeschenke;
 - d) Entschädigungen gemäss § 2 Abs. 3, § 6 Abs. 1 und 2, § 6^{bis} § 7 und 8, § 16 und 17 Inkonvenienzverordnung (SAR 161.221)
- ⁴ Der Koordinationsabzug beträgt 30 % des anrechenbaren Jahreslohns, mindestens 60 % und höchstens 100 % der maximalen AHV-Altersrente.

Art. 4 Altersleistungen (Art. 23 ff. VR)

- ¹ Das ordentliche Pensionierungsalter beträgt 65 Jahre.
- ² Die jährlichen Spargutschriften werden in Prozenten des versicherten Lohns berechnet. Das für die Berechnung der Spargutschriften massgebende Alter der versicherten Person entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr. Es gelten folgende Ansätze:

Alter	Spargutschriften in % des versicherten Lohns
20 – 24	6
25 – 34	13.5
35 – 39	17.5
40 – 44	19.5
45 – 49	21.5
50 – 54	23.5
55 – 65	25.5

- ³ Die Alterskinderrente beträgt 12.5 % der Altersrente.

Art. 5 Todesfalleistungen (Art. 32 ff. VR)

- ¹ Die Rente an Witwen oder Witwer sowie Partnerinnen oder Partner beträgt:
 - a) beim Tod von Versicherten vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters: 60 % der vollen Invalidenrente;
 - b) beim Tod von Versicherten mit aufgeschobenem Altersrücktritt: 60 % der auf den Todeszeitpunkt berechneten Höhe der Altersrente;
 - c) beim Tod von Rentnerinnen oder Rentnern: 60 % der zuletzt ausgerichteten Alters- bzw. Invalidenrente.
- ² Die Abfindung beim Tod einer Rentnerin oder eines Rentners entspricht drei Jahresrenten in der Höhe der BVG-Mindestrente.
- ³ Die Rente an die Waisen sowie Pflegekinder, für deren Unterhalt die verstorbene Person aufgekommen ist, beträgt:
 - a) beim Tod von Versicherten vor Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters: 25 % der vollen Invalidenrente;

- b) beim Tod von Versicherten mit aufgeschobenem Altersrücktritt: 25 % der auf den Todeszeitpunkt berechneten Höhe der Altersrente;
- c) beim Tod von Rentnerinnen oder Rentnern: 25 % der zuletzt ausgerichteten Alters- bzw. Invalidenrente.

Art. 6 Invalidenleistungen (Art. 40 ff. VR)

- ¹ Für die Berechnung der Invalidenleistungen von Versicherten mit variablen Lohnbestandteilen wird auf den versicherten Lohn der letzten 12 Monate vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit abgestellt. In den übrigen Fällen ist der versicherte Lohn vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit massgebend.
- ² Die volle Invalidenrente beträgt 65 % des versicherten Lohns.
- ³ Die Invalidenkinderrente beträgt 25 % der zugesprochenen Invalidenrente.
- ⁴ Der Anspruch auf eine Invalidenrente wird gestützt auf Art. 42 Abs. 2 VR für zwei Jahre aufgeschoben.

Art. 7 Beiträge (Art. 12 VR)

- ¹ Die Zahlenwerte für die Spargutschriften und die Risikobeiträge sind in Prozenten des versicherten Lohns angegeben. Das Alter der versicherten Person entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

Alter	Sparbeitrag Versicherte	Sparbeitrag Arbeitgeber	Risikobeitrag Versicherte	Risikobeitrag Arbeitgeber
18 – 19	-	-	1.0	1.7
20 – 24	2.4	3.6	1.0	1.7
25 – 34	6.1	7.4	1.0	1.7
35 – 39	7.1	10.4	1.0	1.7
40 – 44	8.1	11.4	1.0	1.7
45 – 49	9.1	12.4	1.0	1.7
50 – 54	9.1	14.4	1.0	1.7
55 – 65	10.1	15.4	1.0	1.7

- ² Die in Abs. 1 festgelegte Beitragsaufteilung gilt nicht für den freiwillig versicherten Lohn (vgl. das Reglement über die Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns). Für diesen leistet ausschliesslich die versicherte Person Beiträge. Der Sparbeitrag beträgt 25.5 %, der Risikobeitrag 2.7 % des freiwillig versicherten Lohns.

Art. 8 Künftige Änderungen

Unter Berücksichtigung der im Pensionskassendekret in den §§ 5-11 enthaltenen Eckwerte kann die APK den Kernplan jederzeit ändern, wobei die wohlerworbenen Rechte zu wahren sind.

Anhang

A Voraussichtliches Sparguthaben

1. Das voraussichtliche Sparguthaben wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters der versicherten Person festgelegt:

Alter	Faktor	Alter	Faktor	Alter	Faktor	Alter	Faktor
20	0	32	133.3	44	381.8	56	748.9
21	6.0	33	148.8	45	407.0	57	785.6
22	12.1	34	164.5	46	434.6	58	822.9
23	18.3	35	180.5	47	462.6	59	860.7
24	24.6	36	200.7	48	491.0	60	899.1
25	31.0	37	221.2	49	519.9	61	938.1
26	45.0	38	242.0	50	549.2	62	977.7
27	59.2	39	263.1	51	580.9	63	1017.9
28	73.6	40	284.5	52	613.1	64	1058.7
29	88.2	41	308.3	53	645.8	65	1100.1
30	103.0	42	332.4	54	679.0		
31	118.0	43	356.9	55	712.7		

2. Das Alter der versicherten Person entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

B Umwandlungssatz

Alter	Umwandlungssatz	Alter	Umwandlungssatz
58	5.00 %	65	5.90 %
59	5.10 %	66	6.05 %
60	5.20 %	67	6.20 %
61	5.30 %	68	6.40 %
62	5.45 %	69	6.60 %
63	5.60 %	70	6.80 %
64	5.75 %		

Das Alter der versicherten Person wird in Jahren und Monaten berechnet; für Bruchteile eines Jahres werden die Ansätze anteilmässig berechnet.

Altersleistungen werden gemäss dem bis 31. Dezember 2013 geltenden Umwandlungssatz zugesprochen, wenn die rentenberechtigte Person Geburtsjahr 1948 oder älter hat.

Die Übergangsbestimmungen zur Senkung des Umwandlungssatzes per 1. Januar 2014 sind in Anhang F aufgeführt.

C Überbrückungsrente

1. Die lebenslängliche Kürzung der Altersrente entspricht für eine Überbrückungsrente von CHF 1'000 folgendem Betrag (in CHF):

Alter bei Beginn der Auszahlung	Alter bei Beendigung der Auszahlung						
	59	60	61	62	63	64	65
58	49.30	97.20	143.70	188.90	232.70	275.30	316.60
59		50.30	99.20	146.60	192.70	237.40	280.80
60			51.30	101.10	149.50	196.40	242.00
61				52.30	103.10	152.40	200.20
62					53.80	106.00	156.70
63						55.30	108.90
64							56.70

2. Das Alter der versicherten Person wird in Jahren und Monaten berechnet; für Bruchteile eines Jahres werden die Ansätze anteilmässig berechnet.

D Vorfinanzierung vorzeitige Pensionierung

1. Die maximal mögliche Einkaufssumme für die Vorfinanzierung der Kürzung der Altersleistungen bei vorzeitiger Pensionierung wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters der versicherten Person festgelegt:

Alter	Faktor	Alter	Faktor	Alter	Faktor	Alter	Faktor
20	270.0	32	322.8	44	385.9	56	461.3
21	274.0	33	327.6	45	391.7	57	468.2
22	278.1	34	332.5	46	397.6	58	475.2
23	282.3	35	337.5	47	403.6	59	412.0
24	286.5	36	342.6	48	409.7	60	349.1
25	290.8	37	347.7	49	415.8	61	286.5
26	295.2	38	352.9	50	422.0	62	213.2
27	299.6	39	358.2	51	428.3	63	141.1
28	304.1	40	363.6	52	434.7	64	70.1
29	308.7	41	369.1	53	441.2	65	0
30	313.3	42	374.6	54	447.8		
31	318.0	43	380.2	55	454.5		

2. Das Alter der versicherten Person entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

E Vorfinanzierung Überbrückungsrente

1. Der maximal mögliche Betrag für die Vorfinanzierung der Überbrückungsrente entspricht für eine Überbrückungsrente von CHF 1'000 pro Jahr folgendem Betrag (in CHF):

Alter	Betrag	Alter	Betrag	Alter	Betrag	Alter	Betrag
20	3595	32	4300	44	5141	56	6146
21	3649	33	4365	45	5218	57	6238
22	3704	34	4430	46	5296	58	6332
23	3760	35	4496	47	5375	59	5506
24	3816	36	4563	48	5456	60	4654
25	3873	37	4631	49	5538	61	3777
26	3931	38	4700	50	5621	62	2875
27	3990	39	4771	51	5705	63	1945
28	4050	40	4843	52	5791	64	986
29	4111	41	4916	53	5878	65	0
30	4173	42	4990	54	5966		
31	4236	43	5065	55	6055		

2. Das Alter der versicherten Person wird in Jahren und Monaten berechnet; für Bruchteile eines Jahres werden die Ansätze anteilmässig berechnet.

F Übergangsbestimmungen zur Senkung des Umwandlungssatzes per 1. Januar 2014

Ziff. I Versicherte

1. Geltung

Nachstehende Bestimmungen gelten für Versicherte mit Geburtsjahr 1949 und jünger, die bereits am 31. Dezember 2012 und seither ununterbrochen bis und mit 31. Dezember 2013 bei der APK versichert waren.

2. APK-Gutschrift

Per 1. Januar 2014 erhalten Versicherte eine APK-Gutschrift in der Höhe von 6.5 % ihres am 31. Dezember 2013 vorhandenen Sparguthabens (Art. 27 VR). Im Jahr 2013 erfolgte freiwillige Einkäufe in die reglementarischen Vorsorgeleistungen (Art. 13 Abs. 2 VR) sowie Rückzahlungen von Vorbezügen im Rahmen der Wohneigentumsförderung werden für die Berechnung der APK-Gutschrift vom Sparguthaben per 31. Dezember 2013 abgezogen.

Die APK-Gutschrift wird separat ausgewiesen und gleich verzinst wie das Sparguthaben. Für die ersten fünf Jahre nach der Senkung des Umwandlungssatzes, erstmals per 31. Dezember 2014, wird das Sparguthaben um je einen Fünftel der APK-Gutschrift und den Zinsertrag erhöht.

Bei Eintritt des Vorsorgefalls Alter wird das Sparguthaben um die noch nicht übertragene APK-Gutschrift erhöht, soweit eine Altersrente gewählt wird. Soweit ein Alterskapital gewählt wird, verfällt die noch nicht dem Sparguthaben zugeteilte APK-Gutschrift an die APK.

Bei Austritt aus der APK oder Tod vor dem 31. Dezember 2018 verfällt die noch nicht auf das Sparguthaben übertragene APK-Gutschrift an die APK.

3. Abfederung Umwandlungssatzsenkung

Für die Berechnung des Umwandlungssatzes im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis am 31. Dezember 2015 wird zuerst der bis 31. Dezember 2013 geltende Umwandlungssatz bestimmt. Der anwendbare Umwandlungssatz ergibt sich, indem der bisherige Umwandlungssatz für jeden vollen oder angebrochenen Kalendermonat ab 1. Januar 2014 bis zum Eintritt des Vorsorgefalls Alter um den Wert von 0.0333 herabgesetzt und auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet wird.

4. Kürzung bei Überentschädigung

Die gemäss diesen Übergangsbestimmungen berechnete Altersrente wird um den Betrag gekürzt, um den sie den Rentenbetrag übersteigt, der sich auf der Basis des Sparguthabens ohne APK-Gutschrift und des bis 31. Dezember 2013 geltenden Umwandlungssatzes ergeben würde.

Ziff. II (Teil-)Invalidenrentnerinnen und Invalidenrentner

(Teil-)Invalidenrentnerinnen und Invalidenrentner mit Jahrgang 1949 oder jünger, die am 31.12.2013 Anspruch auf eine Invalidenrente nach Art. 40 des Vorsorgereglements haben, erhalten per 1. Januar 2014 eine APK-Gutschrift in der Höhe von 6.5 % ihres am 31. Dezember 2013 vorhandenen, aufgrund des letzten versicherten Lohns weitergeführten Sparguthabens.

Die APK-Gutschrift wird separat ausgewiesen und gleich verzinst wie das weitergeführte Sparguthaben. Für die ersten fünf Jahre nach der Senkung des Umwandlungssatzes, erstmals per 31. Dezember 2014, wird das Sparguthaben um je einen Fünftel der APK-Gutschrift und den Zinsertrag erhöht.

Bei der Neuberechnung der Invalidenrente nach Art. 41 Abs. 3 VR wird das Sparguthaben um die noch nicht übertragene APK-Gutschrift erhöht.

Bei Reduktion des Anspruchs auf die Invalidenrente und Austritt aus der APK verfällt die noch nicht auf das Sparguthaben übertragene APK-Gutschrift proportional zum Wegfall der Invalidität an die APK.

Organisationsreglement

Der Vorstand der Aargauischen Pensionskasse beschliesst gestützt auf Art. 51a des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982 sowie § 15 Abs. 3 und § 16 Abs. 1^{ter} Pensionskassendekret:

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

Dieses Reglement regelt die Grundzüge der Organisation der Aargauischen Pensionskasse (APK) im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften sowie des Pensionskassendekrets.

Art. 2 Organe

Die Organe der APK sind die Delegiertenversammlung, der Vorstand und die Geschäftsleitung.

Art. 3 Begriffe und Abkürzungen

In diesem Reglement werden folgende Begriffe und Abkürzungen verwendet:

Arbeitgeber	Kanton Aargau, seine selbständigen Anstalten und die angeschlossenen Arbeitgeber
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
Pensionskassendekret	Dekret über die Aargauische Pensionskasse (SAR 163.120)
Versicherte	Arbeitnehmende, die beitragspflichtig sind oder den Altersrücktritt aufgeschoben haben

2 Delegiertenversammlung

Art. 4 Zusammensetzung und Amtsdauer

- ¹ Die Delegiertenversammlung setzt sich aus 100 Delegierten zusammen, wobei die einzelnen Versichertenkategorien angemessen zu berücksichtigen sind.
- ² Die Amtsdauer der Delegierten beträgt vier Jahre und beginnt am 1. April.

Art. 5 Wahl der Delegierten

Die Wahl der Delegierten wird vom Vorstand in einem eigenen Reglement festgelegt.

Art. 6 Aufgaben und Rechte

- ¹ Die Delegiertenversammlung wählt fünf Personen als Vertretung der Versicherten in den Vorstand.
- ² Sie nimmt Kenntnis vom Jahresbericht und von der Jahresrechnung sowie vom Bericht der Revisionsstelle und des anerkannten Experten.
- ³ Sie besitzt ein Vorschlagsrecht und wird alljährlich von Vorstand und Geschäftsleitung über den Geschäftsverlauf orientiert.

Art. 7 Durchführung der Delegiertenversammlung

- ¹ Die ordentliche Delegiertenversammlung findet einmal pro Jahr statt. Ausserordentliche Delegiertenversammlungen finden statt, wenn der Vorstand oder zehn Delegierte dies verlangen.
- ² Die Präsidentin bzw. der Präsident oder die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident des Vorstandes hat den Vorsitz.
- ³ Die Unterlagen sind den Delegierten zusammen mit der Traktandenliste mindestens

zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zuzustellen.

- ⁴ Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Delegierten anwesend ist. Sie fasst ihre Beschlüsse mit dem Mehr der Anwesenden.

3 Vorstand

Art. 8 Aufgaben und Rechte

Der Vorstand ist das oberste, paritätisch zusammengesetzte Organ der APK und nimmt die Gesamtleitung der APK gemäss Art. 51a BVG wahr.

Art. 9 Zusammensetzung und Amtsdauer

- ¹ Der Vorstand besteht aus zehn Mitgliedern, wobei die eine Hälfte die Vertretung der Versicherten und die andere Hälfte die Vertretung der Arbeitgebenden bildet. Erstere wird von der Delegiertenversammlung gewählt, Letztere vom Regierungsrat. Eine externe Vertretung ist zulässig.
- ² Wählbar sind Personen, die mindestens die Voraussetzungen von Art. 51b BVG erfüllen und bei Beginn der Amtsdauer das 71. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Personen, die bei ihrem Arbeitgeber Organstellung innehaben, sowie Rentnerinnen und Rentner der APK sind nicht als Vertretung der Versicherten wählbar.
- ³ Der Vorstand konstituiert sich selbst. Er bestimmt aus seinem Kreise eine Präsidentin bzw. einen Präsidenten und eine Vizepräsidentin bzw. einen Vizepräsidenten. Die Präsidentin bzw. der Präsident, bei deren/dessen Abwesenheit die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident, hat den Vorsitz. Der Vorstand kann Ausschüsse einsetzen. Deren Mitglieder müssen nicht dem Vorstand angehören.
- ⁴ Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt vier Jahre und beginnt am 1. Juli nach dem Beginn der Amtsperiode der Delegierten.

Art. 10 **Beschlussfähigkeit**

- ¹ Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme der/des Vorsitzenden doppelt.
- ² Zirkulationsbeschlüsse bedürfen für ihre Gültigkeit der Einstimmigkeit. Sie sind zu protokollieren und an der nächsten ordentlichen Sitzung zur Kenntnis zu nehmen.

Art. 11 **Vorschlagsrecht und Wahl der Vertretung der Versicherten**

- ¹ Der amtierende Vorstand und die Delegierten können Wahlvorschläge zuhanden der Delegiertenversammlung machen.
- ² Die Wahlvorschläge der Delegierten sind dem amtierenden Vorstand bis sechs Wochen vor der Delegiertenversammlung einzureichen. Dieser überprüft die Wählbarkeit nach Art. 9 Abs. 2.
- ³ Die Wahlen erfolgen offen, es sei denn, dass der Vorstand oder mindestens ein Fünftel der anwesenden Delegierten geheime Wahlen verlangt.
- ⁴ Die fünf Kandidaten mit den meisten Delegiertenstimmen gelten als gewählt.

Art. 11a **Personalausschuss**

- ¹ Der Personalausschuss bereitet zuhanden des Gesamtvorstands personalrelevante Geschäfte, einschliesslich solcher mit Bezug auf die Strategie und die Ziele der APK vor. Er verfügt über ein Antragsrecht.
- ² Der Personalausschuss besteht aus dem Präsidenten und zwei weiteren Mitgliedern des Vorstandes. Er tagt in der Regel zweimal jährlich.

4 **Geschäftsleitung**

Art. 12 **Anstellung, Aufgaben und Kompetenzen**

Die Geschäftsleitung wird vom Vorstand angestellt. Aufgaben und Kompetenzen der Geschäftsleitung werden vom Vorstand geregelt.

5 **Schlussbestimmungen**

Art. 13 **Weiterführung der laufenden Amtsdauer**

Die für die Amtsdauer 2013 bis 2017 gewählten Delegierten, die die APK-Rentnerinnen und -Rentner vertreten, bleiben bis zum Ende der Amtsdauer im Amt. Ihnen steht jedoch kein Recht auf die Wahl der Vertretung der Versicherten in den Vorstand (Art. 6 Abs. 1) und alle damit zusammenhängenden Tätigkeiten zu.

Art. 14 **Inkrafttreten**

- ¹ Das Organisationsreglement tritt per 1. Januar 2014 in Kraft.
- ² Bei folgendem Artikel sind seit dem letzten Stand (18. Dezember 2013) Änderungen erfolgt: Art. 11a (neu). Diese Änderungen treten am 29. Oktober 2014 in Kraft.

Dekret über die Aargauische Pensionskasse (Pensionskassendekret)

Vom 5. Dezember 2006 (Stand 1. Januar 2014)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 82 Abs. 1 lit. e der Kantonsverfassung und die §§ 5b und 5c des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz) vom 26. März 1985 ¹⁾,

beschliesst:

1. Allgemeines

§ 1

¹ Die Aargauische Pensionskasse (APK) ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit im Sinne von Art. 48 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982 ²⁾.

Status

² Die APK hat ihren Sitz in Aarau.

³ Die APK wird im Kapitaldeckungsverfahren geführt. Sie bilanziert in geschlossener Kasse (Art. 65 BVG).

§ 2

¹ Die APK versichert im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften die Mitglieder des Obergerichts, die Angestellten und Beamten des Kantons und seiner selbstständigen Anstalten sowie die Angestellten der Gemeinden, deren Lohn direkt durch den Kanton ausgerichtet wird, gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität.

Zweck

¹⁾ SAR 153.100

²⁾ SR 831.40

² Die APK kann in Absprache mit dem Regierungsrat einzelne Personalgruppen von der Beitrittspflicht ausnehmen, wenn diese bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften versichert sind.

³ Die APK kann mit schriftlicher Anschlussvereinbarung weitere Arbeitgebende für die Versicherung ihres Personals aufnehmen.

§ 3

¹ Die APK ist im Rahmen dieses Dekrets und der bundesrechtlichen Bestimmungen in der Gestaltung ihrer Leistungen und deren Finanzierung wie auch in ihrer Organisation frei.

2. Eckwerte des Kernplans

§ 4

¹ Die APK legt unter Berücksichtigung der in den §§ 5–11 enthaltenen Eckwerte den Kernplan für die Mitglieder des Obergerichts, die Angestellten und Beamten des Kantons sowie die Angestellten der Gemeinden, deren Lohn direkt durch den Kanton ausgerichtet wird, fest.

² Für einzelne Personalgruppen kann die APK auf Verlangen Zusatzpläne vorsehen.

³ Für die selbstständigen Anstalten und die angeschlossenen Arbeitgebenden können im Rahmen der bundesrechtlichen Bestimmungen vom Kernplan abweichende Vorsorgepläne festgelegt werden.

§ 5

¹ Der in der APK versicherte Lohn entspricht dem anrechenbaren Jahreslohn vermindert um einen Koordinationsabzug.

² Als anrechenbarer Jahreslohn gilt der AHV-Jahreslohn vermindert um Lohnbestandteile, die nur gelegentlich anfallen.

³ Der Koordinationsabzug beträgt 30 % des anrechenbaren Jahreslohns, mindestens 60 % und höchstens 100 % der maximalen AHV-Altersrente.

Selbstständigkeitsbereich

Vorsorgepläne

Versicherter Lohn

§ 6

Altersrücktritt

¹ Das ordentliche Pensionierungsalter beträgt 65 Jahre.

² Der Altersrücktritt kann auch vor oder nach Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters sowie in Teilschritten erfolgen.

§ 7

Sparguthaben, Spargutschriften

¹ Für die Versicherten wird mit Einlagen, Spargutschriften und Zinsen ein individuelles Sparguthaben gebildet, welches im Zeitpunkt des Altersrücktritts in eine Altersrente umgewandelt wird.

² Die jährlichen Spargutschriften betragen:

Alter	Spargutschriften in % des versicherten Lohnes
20–24	6
25–34	13.5
35–39	17.5
40–44	19.5
45–49	21.5
50–54	23.5
55–65	25.5

³ ...*

§ 8

Altersleistungen

¹ Die Altersrente wird in Prozenten des Sparguthabens (Umwandlungssatz) berechnet, welches die Versicherten im Zeitpunkt des Altersrücktritts erworben haben. Der Umwandlungssatz wird nach versicherungstechnischen Grundsätzen festgelegt.

² Die Alterskinderrente beträgt 12,5 % der Altersrente.

§ 9

Todesfallleistungen

¹ Die Rente an die hinterbliebene Ehegattin beziehungsweise den hinterbliebenen Ehegatten oder die hinterbliebene Lebenspartnerin beziehungsweise den hinterbliebenen Lebenspartner beträgt:

- beim Tod von Versicherten 60 % der vollen Invalidenrente,
- beim Tod von Rentnerinnen oder Rentnern 60 % der zuletzt ausgerichteten Alters- beziehungsweise Invalidenrente.

² Werden keine Todesfalleistungen an die hinterbliebene Ehegattin beziehungsweise den hinterbliebenen Ehegatten oder die hinterbliebene Lebenspartnerin beziehungsweise den hinterbliebenen Lebenspartner fällig, so kann die APK ein Todesfallkapital ausrichten. Dieses darf nicht höher sein als das Sparguthaben der verstorbenen Person im Zeitpunkt des Todes.

³ Die Rente an die Waisen sowie Pflegekinder, für deren Unterhalt die verstorbene Person aufgekommen ist, beträgt:

- a) beim Tod von Versicherten 25 % der vollen Invalidenrente,
- b) beim Tod von Rentnerinnen oder Rentnern 25 % der zuletzt ausgerichteten Alters- beziehungsweise Invalidenrente.

§ 10

¹ Der Begriff der Invalidität richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) vom 19. Juni 1959 ¹⁾.

Invalidenleistungen

² Die volle Invalidenrente beträgt 65 % des versicherten Lohnes. Sie wird am Monatsende nach Vollendung des 65. Altersjahrs aufgrund des Sparguthabens, welches für Invalidenrentnerinnen und -rentner aufgrund des letzten versicherten Lohnes weitergeführt wird, als Invalidenrente neu berechnet.

³ Die Invalidenkinderrente beträgt 25 % der vollen Invalidenrente.

3. ...*

§ 11

¹ Die Spargutschriften, die Todesfall- und die Invalidenleistungen werden mit Beiträgen des Kantons und der Versicherten finanziert. Der Anteil des Kantons beträgt rund 60 % der gesamten Beiträge.

Beiträge

² ...*

³ Für Zusatzpläne gemäss § 4 Abs. 2 kann ein anderer Anteil der Arbeitgebenden festgelegt werden.

§ 12 ...*

§ 13 ...*

¹⁾ SR 831.20

4. Organisation

§ 14

Organe der APK ¹ Die Organe der APK sind die Delegiertenversammlung, der Vorstand und die Geschäftsleitung.

- a) ...*
- b) ...*
- c) ...*

§ 15

Delegiertenversammlung

- ¹ ...*
- ² ...*

³ Das Organisationsreglement legt Wahl, Organisation und Zuständigkeiten der Delegiertenversammlung fest.

§ 16

Vorstand

¹ Der Vorstand ist das oberste, paritätisch zusammengesetzte Organ der APK und nimmt die Gesamtleitung der APK gemäss Art. 51a BVG wahr.

^{1bis} Er besteht aus maximal 10 Mitgliedern, die je zur Hälfte vom Regierungsrat und von der Delegiertenversammlung gewählt werden, und konstituiert sich selbst.

^{1ter} Er regelt die Organisation der APK gemäss den bundesrechtlichen Vorschriften im Organisationsreglement.

² ...*

³ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre.

⁴ ...*

§ 17

Geschäftsleitung

¹ Die Geschäftsleitung wird vom Vorstand angestellt. Aufgaben und Kompetenzen der Geschäftsleitung werden vom Vorstand geregelt.

§ 18

Prüfung

¹ Die Revisionsstelle und der Experte oder die Expertin für berufliche Vorsorge werden vom Vorstand bestimmt und erfüllen die Aufgaben nach der Bundesgesetzgebung sowie nach fachlich anerkannten Grundsätzen und Richtlinien.

² ...*

5. Übergangsbestimmungen

§ 19 ...*

§ 20

¹ Die Ausfinanzierung der notwendigen Wertschwankungsreserve erfolgt über eine zinslose Arbeitgeberbeitragsreserve (AGBR), auf deren Verwendung der Kanton, die selbständigen Anstalten und die angeschlossenen Arbeitgebenden verzichten. Für die Dauer einer Unterdeckung wird diese AGBR in eine AGBR mit Verwendungsverzicht bei Unterdeckung nach Art. 65e BVG umgewandelt.

² Solange die AGBR zur Absicherung der Wertschwankungsreserve besteht, werden die Sparguthaben mit einem Zinssatz verzinst, der in der Regel 2 Prozentpunkte über der Entwicklung der Teuerung liegt, jedoch mindestens dem technischen Zinssatz entspricht, den die APK zur Berechnung der Vorsorgekapitalien der Rentner verwendet. Fällt die Wertschwankungsreserve mit Berücksichtigung der AGBR unter die notwendige Wertschwankungsreserve, kann der Vorstand einen tieferen Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben beschliessen.

³ Solange das verfügbare Vorsorgevermögen und die AGBR zur Absicherung der Wertschwankungsreserve die Vorsorgeverpflichtungen und die notwendige Wertschwankungsreserve abdecken, verwendet der Vorstand im Jahresabschluss den Ertragsüberschuss für die Finanzierung von technischen Rückstellungen für Rentenerhöhungen. Die Rentenerhöhungen dürfen aber höchstens der generellen Lohnentwicklung des kantonalen Personals entsprechen.

⁴ Übersteigt die AGBR zur Absicherung der Wertschwankungsreserve zusammen mit dem verfügbaren Vermögen die Vorsorgeverpflichtungen und die notwendige Wertschwankungsreserve um 5 Prozentpunkte, so prüft der Vorstand die vorzeitige teilweise Rückführung der Arbeitgeberbeitragsreserve zur Absicherung der Wertschwankungsreserve in die ordentlichen Arbeitgeberbeitragsreserven.

⁵ Der Verwendungsverzicht zugunsten der Absicherung der Wertschwankungsreserve entfällt

- a) nachdem die APK die notwendige Wertschwankungsreserve selbst erwirtschaftet hat,

Arbeitgeber-
beitragsreserve zur
Absicherung der
Wertschwankungs-
reserve

- b) bei Austritt eines Arbeitgebers für diesen, spätestens aber 20 Jahre nach Inkrafttreten dieses Dekrets für alle Arbeitgeber. Mit der vorhandenen AGBR wird zuerst die Wertschwankungsreserve anteilmässig auf die notwendige Höhe geäufnet. Der dafür nicht benötigte Teil wird in die ordentliche AGBR überführt.

⁶ Weitere Details regelt der Vorstand im Reglement der AGBR für die Absicherung der Wertschwankungsreserve.

§ 21 ...*

§ 22

¹ Laufende Renten werden entsprechend den bisherigen Versicherungsbedingungen der APK weiter bezahlt.

² Der Anspruch auf eine Ehegattenrente und auf Waisenrenten beim Tod einer Rentnerin beziehungsweise eines Rentners richtet sich nach den bisherigen Versicherungsbedingungen der APK.

³ Laufende Teuerungszulagen gemäss Dekret über Teuerungszulagen für die staatlichen Rentenbezüger vom 30. November 1964 werden in der bisherigen Höhe weiter bezahlt. Mit Inkrafttreten dieses Dekrets geht diese Zahlungsverpflichtung an die APK über. Der Kanton überweist der APK das dafür notwendige Vorsorgekapital zuzüglich der dafür notwendigen Wertschwankungsreserve.

§ 23 ...*

§ 24 ...*

Rentnerinnen und
Rentner

6. Schlussbestimmungen

§ 25

¹ Dieses Dekret ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Publikation und
Inkrafttreten

§ 26

¹ Es sind aufgehoben:

- a) das Dekret über die Regelung der Beziehungen des Staates zur Aargauischen Beamtenpensionskasse vom 28. Oktober 1924 ¹⁾,
- b) § 6 des Dekrets über die Überführung der Personalvorsorge für Lehrpersonen an der Volksschule in die Aargauische Pensionskasse (Überführungs-Dekret) vom 13. Mai 2003 ²⁾,
- c) das Dekret über Teuerungszulagen für die staatlichen Rentenbezüger vom 30. November 1964 ³⁾.

Aufhebung gel-
tenden Rechts

Aarau, 5. Dezember 2006

Präsidentin des Grossen Rats
EGGER

Protokollführer
SCHMID

Inkrafttreten: 1. Januar 2008 ⁴⁾

* aufgehoben

¹⁾ AGS Bd. 2 S. 324

²⁾ AGS 2003 S. 139 (SAR 413.310)

³⁾ AGS Bd. 6 S. 161; 1998 S. 261

⁴⁾ RRB vom 7. November 2007



Hintere Bahnhofstrasse 8
Postfach
5001 Aarau
Telefon 062 838 91 31
Fax 062 838 91 40
www.agpk.ch
info@agpk.ch